

Abg. Albrecht führte aus, der Flughafen sei der „Job-Motor“ für die Region. Diese Studie koste aber 25.000 €, die besser im Sozialbereich ausgegeben würden. Auch nach Auffassung des Landesverkehrsministeriums NRW sollten alle Maßnahmen unterlassen werden, die der Zielsetzung, den Frachtflughafen zu sichern und zu stärken, widersprechen. Die Vergabe einer solchen Studie verunsichere Firmen und Investoren, wobei auch die Konkurrenzsituation zu den Flughäfen Lüttich und Maastricht bedacht werden müsse. Hier gebe es keine Diskussion über Nachtflugverbote. Seine Fraktion könne dem Beschlussvorschlag daher nicht zustimmen.

Abg. H. Becker machte deutlich, dass seine Fraktion natürlich eine völlig andere Auffassung vertrete. Hinsichtlich der Kosten in Höhe von 25.000 € sollte aber versucht werden, weitere Gebietskörperschaften zu beteiligen. Er bat die Verwaltung, insoweit Kontakt mit der Stadt Köln aufzunehmen. Unglücklich wäre es aber seines Erachtens, wegen möglicher Interessenkollisionen auch den Flughafen als Mitfinanzierer einer solchen Studie zu akquirieren.

Im Übrigen sollte dem Ausschuss im Rahmen eines Vortrages des mit der Studie Beauftragten dargestellt werden, wie diese Untersuchung konkret ablaufen soll und welche Grundlagen/Daten auch seitens des Flughafens hierfür benötigt werden. Nach seinen Erfahrungen würden diese Daten vom Flughafen unter Hinweis auf das Geschäftsgeheimnis nicht ohne weiteres zur Verfügung gestellt.

Ltd. KVD`in Heinze merkte an, man sei auf der Basis der bisherigen Beschlussfassung gehalten, die Untersuchung gemeinsam mit der Stadt Köln und dem Flughafen durchzuführen. Die Verwaltung habe nach entsprechenden Recherchen Herrn Prof. Desel von der FH Rhein-Sieg hierfür gewinnen können und beabsichtige, ihn mit der Erarbeitung zu beauftragen. Vorabgespräche mit der Stadt Köln und dem Flughafen seien bereits geführt worden. Eine Vorstellung der Untersuchungsmethodik im Ausschuss sei selbstverständlich möglich, führe allerdings zu Zeitverzögerungen.

Abg. Jablonski machte deutlich, dass auch er den Flughafen für den größten „Job-Motor“ in der Region halte und dieser auch daher größtmögliche Unterstützung verdiene. Er wies darauf hin, dass bereits seit 10 Jahren Diskussionen über die Schaffung eines Tagesfrachtzentrums am Flughafen geführt werden. Eine solche Untersuchung sei sicherlich interessant. Er persönlich sei hier aber skeptisch, da er der Auffassung sei, dass der Markt solche Dinge selbst regelt. Die Kosten in Höhe von 25.000 € seien aber sicherlich gut investiert, um die Thematik sachlich und fachlich objektiv auf eine solide Grundlage zu stellen. Vielleicht könnten durch die Ergebnisse einer solchen Studie einzelne Unternehmen überzeugt werden, zumindest Teilbereiche des Frachtverkehrs tagsüber abzuwickeln. Unterstützen könne seine Fraktion die Anregungen des Abg. H. Becker, weitere Gebietskörperschaften im Hinblick auf eine Kostenbeteiligung zu kontaktieren. Die CDU-Fraktion werde dem Beschlussvorschlag daher zustimmen.

Der Vorsitzende merkte an, entscheidender Punkt sei doch, inwieweit die Frachtflugunternehmen überhaupt bereit seien, die Studie bzw. Teile davon umzusetzen. Er fragte daher, wie hoch die Wahrscheinlichkeit einer tatsächlichen Umsetzung eingeschätzt werde.

Ltd. KVD Karcher wies darauf hin, dass die Prüfung der Voraussetzungen für eine Orientierung des Flughafens Köln/Bonn auf ein Logistik-Tagesfrachtzentrum in Abstimmung mit der Stadt Köln und der Flughafen-Geschäftsführung Gegenstand des gemeinsamen Antrages gewesen sei. Nach entsprechender Prüfung erachte die Verwaltung aus fachlicher Sicht die Erarbeitung einer gemeinsamen Studie für das richtige Instrument, wobei diese in der Erarbeitungsphase auch durchaus Konkretisierungs-/Umsetzungsstufen beinhalten solle. Da der Gutachter hierfür eine detaillierte Datenbasis benötige, sei eine Zusammenarbeit mit dem Flughafen zwingend erforderlich. Zudem sehe er hier auch durchaus eine Interessenlage des Flughafens hinsichtlich von Entlastungen im Nachtflugverkehr, insbesondere was eine größere Akzeptanz in der Öffentlichkeit angehe.

Abg. H. Becker verwies auf heute bereits bestehende Engpässe mit den Slots in den Nacht- und Nachtrandzeiten. Er persönlich glaube, dass Slots, die man hierdurch „freiräume“, wieder „volllaufen“. Bevor die Studie in Auftrag gegeben werde, wolle er aber dezidiert und detailliert Informationen darüber, welche konkrete Daten der Gutachter benötige, um eine sinnvolle Untersuchung erarbeiten zu können. Außerdem müsse eine schriftliche Zusage des Flughafens darüber vorliegen, dass er alle hierfür benötigten Daten auch zur Verfügung stelle. Vorher könne er einer solchen Untersuchung auch im

Hinblick auf die entstehenden Kosten nicht zustimmen. Hier komme es jetzt auch nicht „auf eine Woche“ an. Er bat daher nochmals, den Gutachter und ggfls. einen Vertreter des Flughafens zur nächsten Sitzung des Planungs- und Verkehrsausschusses einzuladen sowie eine Kostenbeteiligung weiterer Gebietskörperschaften zu prüfen.